

**158. Beilage im Jahre 2023 zu den Sitzungsberichten
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

Selbstständiger Antrag

Beilage: 158/2023

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 6. November 2023

**BETREFF: Vorarlberger Bevölkerung schützen -
Sicherheit im öffentlichen Raum verbessern**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Sicherheitsprobleme an öffentlichen Plätzen, an Bahnhöfen und auch in den Zügen werden immer größer, wie zahlreiche Vorfälle der letzten Wochen und Monate eindeutig zeigen. Für uns ist klar: Es kann nicht sein, dass die Sicherheit im Land immer weiter zurückgeht und sich die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger an bestimmten öffentlichen Plätzen immer unsicherer fühlen müssen. Es ist deshalb höchste Zeit, endlich notwendige Maßnahmen zu setzen.

Wir haben bereits im April 2023 im Rahmen einer Antragsinitiative wirksame Konzepte mit entsprechenden Maßnahmen zur Gewährleistung der notwendigen Sicherheit im öffentlichen Raum eingefordert, wie etwa eine verstärkte Polizeipräsenz, die Schaffung von Waffenverbotszonen oder die Ausweitung der Videoüberwachung. Diese Lösungsvorschläge wurden von Schwarz-Grün allerdings abgelehnt.

Nachdem sich die Sicherheitssituation seither nicht verbessert hat - wie die kontinuierlichen Gewalttaten und kriminellen Handlungen an öffentlichen Orten beweisen – fordern wir mit dem vorliegenden Antrag die Landesregierung erneut auf, diesen besorgniserregenden Entwicklungen endlich mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten und entsprechende Sofortmaßnahmen zu setzen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages nachstehenden

A N T R A G

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, zur Erhöhung der Sicherheit an den bekannten Brennpunkten im öffentlichen Raum

1. umgehend mit den Sicherheitspartnern für eine verstärkte Polizeipräsenz zu sorgen,
2. die Umsetzung von Waffenverbotszonen voranzutreiben und
3. rasch die Möglichkeiten der Ausweitung der Videoüberwachung zu prüfen.“

KO Ing. Christof Bitschi

LAbg. Daniel Allgäuer

LAbg. Nicole Feurstein-Hosp

LAbg. Andrea Kerbleder

LAbg. Dr. Hubert Kinz